

Anleger knöpfen sich Vergütung vor

Managersaläre Tophema in Aktionärstreffen – Zurückhaltung in Abstimmungen über Gehaltssummen

Die nächste Hauptversammlungssaison wirft ihre Schatten voraus. Ende Januar stellt sich Thyssenkrupp den Aktionären, wenige Tage später folgt Siemens. Nach Einschätzung von europäischen Aktionärsvereinigungen wird die Managervergütung 2017 wieder eines der Tophemen im Schlagabtausch mit der Verwaltung.

Börsen-Zeitung, 1.12.2016
swa Frankfurt – Die Vorstandsvergütung wird aus Sicht von Aktionärsvereinigungen 2017 eines der beherrschenden Themen in Hauptversammlungen bleiben. Dazu kommt bei Konzernen wie Volkswagen oder Deutsche Bank die Aufarbeitung von Skandalen, wie Jella Benner-Heinacher, Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), in einem Pressegespräch erläuterte. Auch Aktienrückkäufe wollen sich die Anlegerschützer kritisch anschauen.

„Die DSW wird die Vorstandsvergütungen insgesamt auf jeden Fall noch kritischer hinterfragen“, kündigte Benner-Heinacher an. Die Höhe der Managersaläre steht auch in Frankreich und der Schweiz für Aktionärsvereinigungen oben auf der Agenda, wie Loïc Dessaint, CEO von Proxinvest, und sein Kollege Vincent Kaufmann, Direktor der eidgenössischen Ethos-Stiftung, betonen.

In der Schweiz gibt es 2016 weitere Erfahrungen aus dem zweiten Jahr nach der vollständigen Umsetzung der sogenannten „Minder-Initiative“. Seitdem stimmen die Anteilseigner dort verbindlich über den Gesamtbetrag der Gehälter für Geschäftsleitung und Verwaltungsrat ab und konsultativ über den Vergütungsbericht.

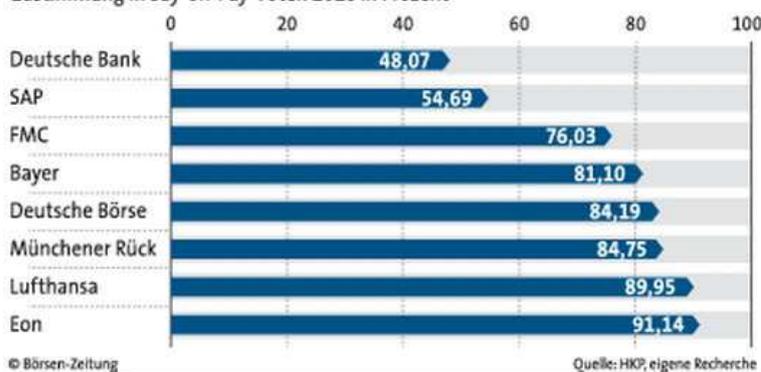
Aus Sicht der Ethos-Stiftung hat sich bei den 100 größten Unternehmen seit 2014 kein Rückgang der Vergütungen in beiden Gremien gezeigt, obwohl der Reingewinn in Summe gesunken sei. Gleichwohl

zeigt die Minder-Initiative Wirkung. „Druck an der Spitze der Topverdiener ist da“, sagt Kaufmann. So gebe

Aktienrechts klare Standards gesetzt werden. So ließ zum Beispiel der Nahrungsmittelkonzern Nestlé 2016

Skeptische Aktionäre

Zustimmung in Say-on-Pay-Voten 2016 in Prozent



es deutlich weniger Aktienoptionen für Verwaltungsräte und bei den 20 Unternehmen im Swiss Market Index sei die durchschnittliche Vergütung des CEO 2015 im Vorjahresvergleich um 12% zurückgegangen.

Wildwuchs

In den Abstimmungen hat sich in der Schweiz gezeigt, dass viele ausländische Investoren nicht am verbindlichen Votum über die konkreten Vergütungshöhen teilnehmen. Kaufmann erklärt das damit, dass internationale Adressen befürchten, Manager zu verlieren, wenn sie den Daumen senken. Deshalb gäben sie ihre Stimme nur für das Vergütungssystem ab. Daraus ergibt sich die Diskrepanz, dass in 62% der Fälle der Vergütungsbericht weniger als 90% Zustimmung erhielt, bei der Höhe der Geschäftsleiterentlohnung aber traf dies nur auf 19% der Abstimmungen zu.

Kaufmann moniert, dass die Konzerne die neuen Anforderungen noch sehr unterschiedlich umsetzen. Er hofft, dass mit der bevorstehenden Modernisierung des Schweizer

über eine maximale Gesamtvergütung der 14 Mitglieder der Konzernleitung in Höhe von 60 Mill. sfr für 2017 abstimmen. Die Bank UBS stellte die Genehmigung der variablen Vergütung der Konzernleitung für 2015 in Höhe von 71,15 Mill. sfr zur Abstimmung und das Fixum für den Kreis für 2017 von 28,5 Mill. sfr.

Hierzulande haben 2016 acht Dax-Konzerne über die Vergütung abstimmen lassen. Nach einer Analyse der Unternehmensberatung HKP lag die durchschnittliche Zustimmungquote nur bei 76%, im Vorjahr waren es bei sieben Firmen noch 92%. Zum zweiten Mal ist mit Deutscher Bank ein Vergütungssystem nicht gebilligt worden. Im Jahr 2010 hatte Heidelberg Cement dieses Schicksal getroffen. Die Voten sind nicht bindend, führen aber in der Regel zu Reaktionen. Die niedrigste Zustimmung seit Einführung des „Say on Pay“ vor sechs Jahren erzielte 2016 das im MDax geführte Pharmaunternehmen Stada mit nur 25,75%.

► Wertberichtet Seite 8